

CLAIMS RESOLUTION TRIBUNAL

[Inoffizielle Übersetzung des englischen Originaltextes.
Die englische Fassung ist massgebend.]

In re Holocaust Victim Assets Litigation
Aktenzeichen: CV96-4849

Übermittelter Auszahlungsentscheid

zu Gunsten des Ansprechers [ANONYMISIERT 1]
und [ANONYMISIERT]
vertreten von [ANONYMISIERT]
zu Gunsten der Ansprecherin [ANONYMISIERT 2]
und zu Gunsten des Ansprechers [ANONYMISIERT 3]
und [ANONYMISIERT]

betreffend das Konto von Selma Rosenberg

Geschäftsnummern: 212615/LK, 213817/LK, 750789/LK

Zugesprochener Betrag: 162,500.00 Schweizer Franken

Grundlage des vorliegenden Auszahlungsentscheids ist die von [ANONYMISIERT 1] („Ansprecher [ANONYMISIERT 1]“) eingereichte Anspruchsanmeldung, die von [ANONYMISIERT 2] geb. [ANONYMISIERT] („Ansprecherin [ANONYMISIERT 2]“) eingereichte Anspruchsanmeldung und die von [ANONYMISIERT 3] eingereichte Anspruchsanmeldung („Ansprecher [ANONYMISIERT 3]“) (zusammen die „Ansprecher“) betreffend das Konto von Selma Rosenberg (die „Kontoinhaberin“) bei der [ANONYMISIERT] („Bank“).

Alle Auszahlungsentscheide werden veröffentlicht. Hat jedoch ein Ansprecher wie im vorliegenden Fall um Geheimhaltung gebeten, wurden die Namen des Ansprechers, aller Verwandten der Ansprecher mit Ausnahme des Namens des Kontoinhabers und der Bank anonymisiert.

Von den Ansprechern eingereichte Informationen

Von Ansprecher [ANONYMISIERT 1] eingereichte Informationen

Ansprecher [ANONYMISIERT 1] reichte eine Anspruchsanmeldung ein, in der er die Kontoinhaberin als die Mutter seines Stiefvaters, Selma Rosenberg geb. [ANONYMISIERT], identifizierte, die am 11. März 1869 in Berlin, Deutschland, geboren wurde und mit Dr. [ANONYMISIERT] verheiratet war. Ansprecher [ANONYMISIERT 1] gab an, dass Selma und

[ANONYMISIERT] Rosenberg, die jüdisch waren, in Berlin-Charlottenburg wohnhaft waren und zwei Kinder hatten: [ANONYMISIERT], geboren am 14. Januar 1892 in Berlin und den Stiefvater von Ansprechere [ANONYMISIERT 1], [ANONYMISIERT], geboren am 22. Dezember 1890 in Berlin. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] gab an, dass Selma Rosenberg am 17. Oktober 1941 in Berlin starb und dass [ANONYMISIERT] am 19. Februar 1943 von Deutschland nach Polen deportiert wurde und am 31. Dezember 1945 für tot erklärt wurde. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] gab weiter an, dass sein Stiefvater am 16. Oktober 1926 starb. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] erklärte, dass er seinen leiblichen Vater nicht kannte, dass er nicht einmal den Vornamen seines leiblichen Vaters wusste. Er erklärte weiter, dass seine Mutter [ANONYMISIERT] mit Dr. [ANONYMISIERT] verheiratet war, der am 21. Juni 1952 in New York, USA, starb und dass seine Mutter am 12. Juni 1952 auch in New York starb. Zur Unterstützung seines Anspruchs reichte Ansprechere [ANONYMISIERT 1] den Erbschein von Selma Rosenberg ein, aus dem hervorgeht, dass sie in Berlin wohnhaft war, und in dem ihre Tochter [ANONYMISIERT] als ihre Alleinerbin aufgeführt ist; einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem ihr Bruder [ANONYMISIERT] als ihr Alleinerbe aufgeführt ist; und einen Erbschein von Dr. [ANONYMISIERT], in dem seine Witwe [ANONYMISIERT] als seine Alleinerbin aufgeführt ist; und einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem ihre Kinder [ANONYMISIERT 1] und [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT] als ihre Alleinerben aufgeführt sind. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] gab an, dass er am 7. Oktober 1924 in Halberstadt, Deutschland, geboren wurde. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] vertritt seine Schwester [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT], die am 1. Januar 1921 in Halberstadt geboren wurde.

Von Ansprechere [ANONYMISIERT 2] eingereichte Informationen

Ansprechere [ANONYMISIERT 2] reichte 1998 ein Anmeldeformular von Ernst & Young ein, das im Folgenden an das Independent Committee of Eminent Persons („ICEP“) weitergeleitet wurde. Darin identifizierte sie die Kontoinhabere als ihre Tante väterlicherseits, Selma Rosenberg geb. [ANONYMISIERT] aus Berlin, Deutschland. Ansprechere [ANONYMISIERT 2] gab an, dass ihre Tante mit [ANONYMISIERT], einem Viehgrosshändler, verheiratet war, und dass das Ehepaar einen Sohn, [ANONYMISIERT], hatte. Ansprechere [ANONYMISIERT 2] gab weiter an, dass ihre Tante in der Hufelandstrasse 10-11 in Berlin wohnhaft war. Gemäss den von Ansprechere [ANONYMISIERT 2] eingereichten Dokumenten war die Familie ihres Vaters jüdisch und lebte in Deutschland während der Nazizeit. In einem Telefongespräch mit dem CRT am 26. April 2004 gab Ansprechere [ANONYMISIERT 2] an, dass ihre Tante 1942 in ein Durchgangslager deportiert wurde, als ihre Tante etwa 50 Jahre alt war, und daraufhin vermisst wurde. Zur Unterstützung ihres Anspruchs reichte Ansprechere [ANONYMISIERT 2] eine beglaubigte Abschrift aus dem Familienbuch ein, aus denen hervorgeht, wie ihr Vater hiess, dass er jüdisch war und dass er am 8. Mai 1891 in Neustettin, Deutschland, geboren wurde; die Geburtsurkunde ihres Vaters, aus der hervorgeht, dass ihre Grosseltern väterlicherseits beide jüdisch waren; und die Heiratsurkunde ihrer Eltern, aus der hervorgeht, dass ihr Vater seinen letzten Wohnsitz in Berlin-Charlottenburg hatte. Ansprechere [ANONYMISIERT 2] gab an, dass sie am 23. Dezember 1932 in Deutschland geboren wurde.

Von Ansprecher [ANONYMISIERT 3] eingereichte Informationen

Ansprecher [ANONYMISIERT 3] reichte eine Anspruchsanmeldung ein, in der er die Kontoinhaberin als seine Mutter Selma Rosenberg geb. [ANONYMISIERT] identifizierte, die am 16. Februar 1893 als Tochter von [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT] in Bruste, Deutschland, geboren wurde und [ANONYMISIERT] in Berlin heiratete. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] erklärte, dass seine Mutter, die jüdisch war, Hausfrau war, in der Tile-Wardenberg-Strasse 11 in Berlin NW 87 lebte und für ihre Familie bis zu ihrem Tod am 18. März 1938 sorgte. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] erklärte weiter, dass sein Vater 1942 in Auschwitz umkam, und dass sein Grossvater väterlicherseits, [ANONYMISIERT], 1942 in einem Konvoi mit älteren Personen nach Theresienstadt kam. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] erklärte, dass er 1936 von Deutschland nach Palästina floh, und dass sein Bruder, [ANONYMISIERT], 1939 von Deutschland nach Palästina floh. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] reichte seine Geburtsurkunde ein, aus der hervorgeht, dass er der Sohn von Selma Rosenberg geb. [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT], der als Händler arbeitete, war. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] reichte ebenfalls seinen deutschen Pass ein, der 1935 ausgestellt wurde, und aus dem hervorgeht er Schüler war, in Berlin geboren wurde und auch dort zu dieser Zeit wohnhaft war. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] reichte darüber hinaus das gemeinschaftliche Testament seiner Eltern ein, aus dem hervorgeht, dass ihr Besitz im Falle ihres Todes zu gleichen Teilen unter ihren beiden Söhnen, [ANONYMISIERT] und [ANONYMISIERT] [ANONYMISIERT], aufgeteilt werden solle. Gemäss dem Testament unterzeichneten die Eltern von Ansprecher [ANONYMISIERT 3] das Dokument am 5. Dezember 1937 in Berlin. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] gab an, dass er am 9. Dezember 1920 in Berlin geboren wurde. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] vertritt die Ehefrau seines verstorbenen Bruders, [ANONYMISIERT], die am 11. Juni 1922 in der Slowakei geboren wurde und im Falle einer Auszahlung des Kontos der Kontoinhaberin die Hälfte des Betrags verlangt.

Aus den Bankunterlagen ersichtliche Informationen

Die Bankunterlagen enthalten eine Kundenkarte. Gemäss dieser Akte war die Kontoinhaberin Frau Selma Rosenberg, die in Berlin, Deutschland, wohnhaft war. Aus der Akte der Bank geht hervor, dass die Kontoinhaberin ein Kontokorrent mit der Nummer L 39392 besass, das am 30. Juni 1931 eröffnet und am 29. Dezember 1936 geschlossen wurde. Das Kontoguthaben am Tag der Schliessung ist unbekannt. In den Bankunterlagen gibt es keine Hinweise darauf, dass die Kontoinhaberin oder ihre Erben das Konto geschlossen und das Guthaben selbst erhalten haben.

Erwägungen des CRT

Zusammenfassung der Ansprüche

Gemäss Artikel 37(1) der Verfahrensregeln können Ansprüche, die auf das gleiche oder auf miteinander verbundene Konten eingereicht werden, nach dem Ermessen des CRT in einem Verfahren zusammengefasst werden. Im vorliegenden Fall betrachtet es das CRT als angemessen, die drei Ansprüche der Ansprecher in einem Verfahren zusammenzufassen.

Identifizierung der Kontoinhaberin

Ansprecher [ANONYMISIERT 1] hat die Kontoinhaberin plausibel identifiziert. Der Name seiner Grossmutter und ihr Heimatland stimmen mit dem veröffentlichten Namen und Heimatland der Kontoinhaberin überein. Ansprecher [ANONYMISIERT 1] identifizierte den Wohnort seiner Grossmutter, was mit den unveröffentlichten, in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen über die Kontoinhaberin übereinstimmt. Zur Unterstützung seines Anspruchs reichte Ansprecher [ANONYMISIERT 1] den Erbschein von Selma Rosenberg ein, aus dem hervorgeht, dass sie in Berlin wohnhaft war und ihre Tochter [ANONYMISIERT] als Alleinerbin einsetzte; einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in der ihr Bruder [ANONYMISIERT] als ihr Alleinerbe aufgeführt ist; einen Erbschein von Dr. [ANONYMISIERT], in dem seine Witwe, [ANONYMISIERT], als seine Alleinerbin aufgeführt ist; und einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem ihre Kinder, [ANONYMISIERT 1] und [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT] als ihre Alleinerben aufgeführt sind.

Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] hat die Kontoinhaberin plausibel identifiziert. Der Name der Tante von Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] und ihr Heimatland stimmen mit dem veröffentlichten Namen und dem Heimatland der Kontoinhaberin überein. Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] identifizierte den Wohnort ihrer Tante, was mit den unveröffentlichten, in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen über die Kontoinhaberin übereinstimmt. Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] 1998 ein Anspruchsformular von Ernst & Young eingereicht hat, in dem sie ihren Anspruch vor der Veröffentlichung der Liste der Konten, die vom ICEP möglicherweise Opfern nationalsozialistischer Verfolgung („ICEP-Liste“) gehörten, auf ein Schweizer Bankkonto im Besitz ihrer Tante geltend machte. Das bedeutet, dass Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] ihren Anspruch nicht nur auf die Tatsache stützte, dass eine Person, die denselben Namen wie ihre Verwandte trägt, in der ICEP-Liste erschien, sondern auf eine direkte Verwandtschaft, von der sie vor der Veröffentlichung der ICEP-Liste wusste. Das zeigt auch, dass Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] vor der Veröffentlichung der ICEP-Liste Grund hatte anzunehmen, dass ihre Verwandte ein Schweizer Bankkonto besass. Das unterstützt die Glaubwürdigkeit der von Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] eingereichten Informationen.

Ansprecher [ANONYMISIERT 3] hat die Kontoinhaberin plausibel identifiziert. Der Name seiner Mutter und ihr Heimatland stimmen mit dem veröffentlichten Namen und dem Heimatland der Kontoinhaberin überein. Ansprecher [ANONYMISIERT 3] identifizierte den Wohnort seiner Mutter, was mit den unveröffentlichten, in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen über die Kontoinhaberin übereinstimmt. Zur Unterstützung seines Anspruchs reichte Ansprecher [ANONYMISIERT 3] seine Geburtsurkunde ein, aus der hervorgeht, dass er der Sohn von [ANONYMISIERT] und Selma Rosenberg geb. [ANONYMISIERT] ist, und seinen deutschen Pass, der 1935 ausgestellt wurde, und aus dem hervorgeht, dass der Ansprecher in Berlin geboren wurde.

Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass die Verwandte von Ansprecher [ANONYMISIERT 1], die Verwandte von Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] und die Verwandte von Ansprecher [ANONYMISIERT 3] nicht dieselbe Person sind. Da die Ansprecher jedoch alle veröffentlichten und unveröffentlichten Informationen über die Kontoinhaberin, die aus den Bankunterlagen

ersichtlich sind, identifiziert haben; da die Informationen, die jeder einzelne Ansprechere eingereicht hat, mit den in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen übereinstimmen und diesen in keinsten Weise widersprechen; da in den Bankunterlagen keine weiteren Informationen enthalten sind, auf deren Basis das CRT weitere Ermittlungen betreffend die Identität der Kontoinhaberin anstellen könnte; da sich der weitere Anspruch auf dieses Konto nicht bestätigt hat, da der Ansprechere einen abweichenden Wohnort angegeben hatte, bestimmt das CRT, dass Ansprechere [ANONYMISIERT 1], Ansprechere [ANONYMISIERT 2] und Ansprechere [ANONYMISIERT 3] die Kontoinhaberin plausibel identifiziert haben.

Status der Kontoinhaberin als Opfer nationalsozialistischer Verfolgung

Die Ansprechere haben plausibel dargelegt, dass ihre jeweilige Verwandte ein Opfer nationalsozialistischer Verfolgung war. Die Ansprechere gaben an, dass ihre jeweilige Verwandte jüdisch war. Ansprechere [ANONYMISIERT 1] erklärte, dass seine Grossmutter während der Besetzung durch die Nationalsozialisten in Deutschland lebte und dass ihre Tochter nach Polen deportiert wurde und dort umkam. Ansprechere [ANONYMISIERT 2] erklärte, dass die Familie ihrer Tante während der Nazizeit in Deutschland wohnhaft war, 1942 in ein Durchgangslager deportiert wurde und danach vermisst wurde. Ansprechere [ANONYMISIERT 3] gab an, dass seine Mutter während der Nazizeit in Deutschland lebte, und dass sein Vater nach Auschwitz deportiert wurde, wo er 1942 starb.

Verwandtschaftsverhältnis zwischen den Ansprechern und der Kontoinhaberin

Jeder der Ansprechere hat plausibel aufgezeigt, dass er oder sie mit der Kontoinhaberin verwandt ist.

Ansprechere [ANONYMISIERT 1] hat plausibel aufgezeigt, dass er mit der Kontoinhaberin verwandt ist, indem er detaillierte Informationen und Dokumente eingereicht hat, die belegen, dass die Kontoinhaberin seine Stiefgrossmutter war. Diese Dokumente enthalten unter anderem auch eine ununterbrochene Reihe von Erbscheinen von der Kontoinhaberin bis zu Ansprechere [ANONYMISIERT 1].

Ansprechere [ANONYMISIERT 2] hat plausibel aufgezeigt, dass sie mit der Kontoinhaberin verwandt ist, indem sie detailliertere Informationen einreichte, aus denen hervorgeht, dass die Kontoinhaberin ihre Tante väterlicherseits ist. Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass Ansprechere [ANONYMISIERT 2] die in den Bankunterlagen enthaltenen Informationen über die Kontoinhaberin vor der Veröffentlichung der ICEP-Liste identifiziert hat. Das CRT nimmt des Weiteren zur Kenntnis, dass die Ansprechere eine beglaubigte Abschrift aus ihrem Familienbuch und die Heiratsurkunde ihres Vaters einreichte, womit der unabhängige Beweis erbracht ist, dass die Verwandte von Ansprechere [ANONYMISIERT 2] in Berlin, Deutschland, wohnhaft war.

Ansprechere [ANONYMISIERT 3] hat plausibel aufgezeigt, dass er mit der Kontoinhaberin verwandt ist, indem er Dokumente einreichte, die belegen, dass sie seine Mutter war. Diese Dokumente enthalten unter anderem seine Geburtsurkunde und das gemeinschaftliche Testament seiner Eltern, in dem er als der Sohn der Kontoinhaberin identifiziert wird.

Verbleib des Kontoguthabens

Da die Nationalsozialisten begannen, das im In- und Ausland hintergelegte Vermögen von jüdischen Bürgern in Deutschland durch Auferlegung der Reichsfluchtsteuer und anderer Massnahmen zur Beschlagnahmung, einschliesslich der Beschlagnahmung von Vermögenswerten auf Schweizer Banken, an sich zu reissen; da es keine Hinweise darauf gibt, dass die jeweilige Verwandte der Ansprecher vor dem 29. Dezember 1936 aus Deutschland floh, und somit nicht in der Lage gewesen wäre, das Konto nach Deutschland zurückzuführen, ohne dass es konfisziert worden wären; da ihre Erben nach dem Zweiten Weltkrieg nicht in der Lage gewesen wären, Informationen über das Konto zu erhalten, da die Schweizer Banken Informationen über die Konten in ihren Antworten auf Anfragen von Seiten der Kontoinhaber entweder einbehielten oder falsche Angaben machten, da die Banken auf doppelte Haftung bedacht waren; und in Anwendung der Vermutungen (h) und (j), die in Artikel 28 der Verfahrensregeln dargelegt sind (siehe Anhang A), kommt das CRT zu dem Schluss, dass es plausibel ist, dass das Kontoguthaben weder der Kontoinhaberin noch ihren Erben ausbezahlt wurde. Gestützt auf den Präzedenzfall und die Verfahrensregeln, wendet das CRT bestimmte Vermutungen an, um zu bestimmen, ob die Kontoinhaber oder ihre Erben das Guthaben ihrer Konten selbst erhalten haben.

Grundlagen des Auszahlungsentscheids

Das CRT kommt zu dem Schluss, dass ein Auszahlungsanspruch zu Gunsten der Ansprecher besteht. Erstens ist die Anspruchsanmeldung in Übereinstimmung mit den in Artikel 18 der Verfahrensregeln festgelegten Kriterien zulässig. Zweitens hat Ansprecher [ANONYMISIERT 1] plausibel dargelegt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um seine Stiefgrossmutter handelt, Ansprecherin [ANONYMISIERT 2] hat plausibel dargelegt, dass es sich bei der Kontoinhaberin um ihre Tante handelt und Ansprecher [ANONYMISIERT 3] plausibel dargelegt hat, dass es sich bei der Kontoinhaberin um seine Mutter handelt. Diese Verwandtschaftsverhältnisse rechtfertigen einen Auszahlungsentscheid. Schliesslich hat das CRT festgestellt, dass es plausibel ist, dass weder die Kontoinhaberin noch ihre Erben das Guthaben des beanspruchten Kontos erhalten haben.

Zugesprochener Betrag

Gemäss Artikel 29 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen wie im vorliegenden Fall der Wert eines Kontos unbekannt ist, der Durchschnittswert auf Konten gleicher oder ähnlicher Kontoart im Jahr 1945 angewandt, um den gegenwärtigen Wert des zugesprochenen Kontos zu berechnen. Gemäss den ICEP-Untersuchungen belief sich der durchschnittliche Wert eines Wertschriftendepots im Jahre 1945 auf 13,000.00 Schweizer Franken. Der heutige Wert des zugesprochenen Betrags errechnet sich, indem der Kontostand gemäss Artikel 31(1) der Verfahrensregeln mit dem Faktor 12,5 multipliziert wird. Dies ergibt eine Auszahlungssumme von 162,500.00 Schweizer Franken.

Verteilung des Betrags

Gemäss Artikel 26 der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen die Identität des Kontoinhabers nicht genau bestimmt werden kann, weil die Bankunterlagen nur beschränkte Angaben enthalten, und wenn mehrere, nicht zusammengehörende Ansprecher eine Verwandtschaft mit einer Person plausibel dargelegt haben, welche den gleichen Namen wie der Kontoinhaber trägt, die Auszahlung in Höhe des Kontowertes im Auszahlungsentscheid jedem Ansprecher oder jeder Gruppe von Ansprechern, die gemäss den übrigen Bestimmungen dieser Verfahrensregeln berechtigt wären, pro rata aufgeteilt. Im vorliegenden Fall haben alle Ansprecher bewiesen, dass sie mit einer Person mit demselben Namen wie die Kontoinhaberin verwandt sind. Somit ist jeder Ansprecher zu einem Drittel der Gesamtauszahlungssumme berechtigt, das wiederum mit allfälligen Parteien, die er oder sie vertritt, geteilt werden muss.

Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass Ansprecher [ANONYMISIERT 1] seine Schwester [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT] in diesem Verfahren vertritt. Gemäss Artikel 23(2)(a) der Verfahrensregeln wird in Fällen, in denen ein Ansprecher ein Testament des Kontoinhabers oder andere Erbdokumente des Kontoinhabers eingereicht hat, der Auszahlungsbetrag im Auszahlungsentscheid zwischen allen im Testament oder in den anderen Erbdokumenten genannten Berechtigten, die eine Anspruchsanmeldung eingereicht haben, aufgeteilt. Wie oben bereits erwähnt, reichte Ansprecher [ANONYMISIERT 1] den Erbschein von Selma Rosenberg ein, in dem ihre Tochter [ANONYMISIERT] als ihre Alleinerbin aufgeführt ist; einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem ihr Bruder [ANONYMISIERT] als Alleinerbe aufgeführt ist; einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem seine Witwe [ANONYMISIERT] als seine Alleinerbin aufgeführt ist; und einen Erbschein von [ANONYMISIERT], in dem ihre Kinder, [ANONYMISIERT 1] und [ANONYMISIERT] geb. [ANONYMISIERT], als ihre Alleinerben aufgeführt sind. Somit erhalten Ansprecher [ANONYMISIERT 1] und die Schwester von Ansprecher [ANONYMISIERT 1] jeweils 1/6 der Gesamtauszahlungssumme.

Weiterhin nimmt das CRT zur Kenntnis, dass Ansprecher [ANONYMISIERT 3] seine Schwägerin [ANONYMISIERT] in diesem Verfahren vertritt. Gemäss Artikel 23(2)(c) kann das CRT in Fällen, in denen ein Ansprecher seinen Anspruch auf eine Erbfolge gründet, jedoch keine ununterbrochene Reihe von Testamenten oder anderen Erbdokumenten vorweisen kann, gemäss den in Artikel 23(1) angeführten allgemeinen Grundsätzen Auszahlungen vornehmen, in Übereinstimmung mit den Prinzipien der Fairness und Gerechtigkeit. Das CRT nimmt zur Kenntnis, dass gemäss Artikel 23(1)(f) in Fällen, in denen ein Kind des Kontoinhabers verstorben ist und der Ehegatte des Kindes, jedoch kein Nachkomme des Kindes, eine Anspruchsanmeldung eingereicht hat, wird der Ehegatte des Kindes zum Zweck von Artikel 23 als Kind des Kontoinhabers betrachtet. Da eine ununterbrochene Reihe von Testamenten von der Mutter von Ansprecher [ANONYMISIERT 3] zu ihm vorhanden ist; da es eine unterbrochene Reihe von Testamenten von der Schwiegermutter von [ANONYMISIERT] zu ihr gibt; da Ansprecher [ANONYMISIERT 3] gefordert hat, dass seine Schwägerin die Hälfte der Auszahlungssumme erhalten solle; und in Anbetracht der zuvor erwähnten Verfahrensregeln, kommt das CRT zu dem Schluss, dass Ansprecher [ANONYMISIERT 3] und [ANONYMISIERT] jeweils zu 1/6 der Gesamtauszahlungssumme berechtigt sind.

Reichweite des Auszahlungsentscheids

Die Ansprecher werden darauf hingewiesen, dass das CRT gemäss Artikel 20 der Verfahrensregeln weitere Untersuchungen betreffend ihre Anspruchsanmeldung durchführen wird, um festzustellen, ob eine Berechtigung an weiteren Schweizer Bankkonten besteht. In diesem Zusammenhang werden ihre Angaben mit der Gesamtkonten-Datenbank (bestehend aus Daten von 4,1 Millionen Schweizer Bankkonten, die zwischen 1933 und 1945 bestanden) verglichen.

Auszahlung des zugesprochenen Betrags

Das CRT verweist diesen Auszahlungsentscheid zur Genehmigung an das U.S.-Gericht, damit die Sonderbeauftragten die Auszahlungen vornehmen können.

Claims Resolution Tribunal
28 Mai 2004